



9. Sitzung des Landtags NRW, 14.09.12

TOP 3: Transparenz schaffen - Aktuelles Steuerabkommen mit der Schweiz stoppen!

Redemanuskript Nico Kern, MdL

Es gilt das gesprochene Wort

[Anrede]

Wir erleben in diesen Tagen und Wochen eine hochemotionale Debatte zum Thema „Ankauf von Steuer-CDs durch das Land NRW“. Diese Emotionalität geht leider zu Lasten der Sachlichkeit in der Debatte.

Deswegen möchte ich eines gleich zu Beginn ganz klar herausstellen: Wir alle hier im Saal sind uns doch einig: Steuerhinterziehung, im Großen wie im Kleinen, schädigt die Gesellschaft und darf nicht toleriert werden. Auch wir Piraten tolerieren dies nicht. Aber wir PIRATEN – und das ist der große Unterschied zum Antrag von Rot-Grün – wir PIRATEN stehen zum Rechtsstaat.

Ein Rechtsstaat zeichnet sich eben dadurch aus, dass die Exekutive nicht alles machen kann, was theoretisch möglich und für manche wünschenswert ist, sondern dass sie an Recht und Gesetz gebunden ist. Sie dagegen, Herr Minister Dr. Walter-Borjans, haben den rechtsstaatlichen Weg verlassen. Sie haben sich mit dem Kauf der Steuer-CDs auf zwielichtiges Terrain begeben und lassen sich für diese Nummer auch noch als Robin Hood feiern. Herr Minister: Überlassen sie den Robin Hood lieber Errol Flynn – dem stehen die grünen Strumpfhosen besser.

Was machen Sie tatsächlich, Herr Minister? Durch Ihre wiederholten Ankäufe und öffentlichen Ankündigungen, weiterhin „Steuer-CDs“ kaufen zu wollen, schaffen Sie einen Schwarzmarkt für Datenhehlerei: Sie stiften damit quasi zu kriminellen Taten an.



Damit begibt sich der Staat auf die gleiche Stufe wie Kriminelle. Das lehne ich ab: Der Zweck heiligt nicht die Mittel!

Und dass Sie gestern zu Ihrer Rechtfertigung den CDU-Bundesfinanzminister heranziehen mussten, der ja ebenso gehandelt hätte wie Sie jetzt, ist äußerst schwach. Ist Herr Schäuble jetzt Ihr Gradmesser für Ihr ethisch-moralisches Handeln? Das kann doch wohl nicht wahr sein!? Sowohl die Gesetze der SPD als auch der CDU wurden und werden ständig vom Bundesverfassungsgericht kassiert. Und jetzt testiert der eine Verfassungsbrecher dem anderen Verfassungsbrecher die Rechtmäßigkeit seines Handelns? Da haben ja die Testate von Ratingagenturen mehr Überzeugungskraft!

Aber wenn man schon nicht Ihr Handeln aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ablehnt, so wie ich, dann ist es mindestens erforderlich, dass eine gesetzliche Grundlage für Ihr Handeln vorhanden ist. Und auch die fehlt.

Gleichzeitig verfehlen Sie Ihr Ziel, Steuergerechtigkeit herzustellen. Der Ankauf von Steuer-CDs entspricht einer Steuerlotterie. Eine gleichmäßige Besteuerung aller Steuerpflichtigen bekommen Sie so nicht hin.

Herr Finanzminister: Warum nutzen Sie eigentlich das Geld der Steuerzahler nicht dafür, dringend benötigte Arbeitsplätze in der Steuerfahndung zu schaffen? Warum statten Sie die Finanzämter dieses Landes nicht adäquat aus? Warum gehen Sie nicht den Weg, der eines Rechtsstaates würdig ist?

Und Herr Priggen, Herr Römer: Hören Sie doch bitte auf, die Öffentlichkeit dreist zu täuschen! Sie wissen ganz genau, dass die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Ankaufs von Steuer-CDs nicht geklärt ist, sondern im Gegenteil, äußerst umstritten ist. Und schon gar nicht wurde die Frage durch das BVerfG geklärt. Lesen Sie einfach den Antrag von CDU und FDP, da ist die Passage der Entscheidung des BVerfG wortwörtlich zitiert. Ansonsten erklären Sie mir doch bitte mal, warum die Steuer-CD-Problematik auf der nächsten deutschen Justizministerkonferenz Thema sein wird, wenn ich da richtig informiert bin, wenn alles ganz klar ist.



Und dann gibt es noch in Berlin eine Bundesjustizministerin einer ehemaligen Bürgerrechtspartei, die den sinnvollen Vorschlag macht, den Ankauf von Steuer-CDs durch den Staat zu verbieten, genau wegen der rechtsstaatlichen Probleme, die ich hier anspreche. Ein Wochenende und eine FDP-Präsidiumssitzung später wird die Bundesjustizministerin öffentlich zurückgepiffen. Wenn es also darauf ankommt, haben Rechtsstaat und Grundrechtsschutz auch in Ihrer Partei keine Rolle mehr, Herr Lindner. Denn eines ist klar: Auch Unschuldige werden auf den Steuer-CDs erfasst und ihr informelles Selbstbestimmungsrecht wird verletzt.

Was wir PIRATEN vor diesem Hintergrund wollen, ist eigentlich relativ einfach. Hören Sie auf, den Rechtsstaat in Sonntagsreden zu preisen und ihn anschließend durch den Kauf von Steuer-CDs in den Schmutz zu ziehen. Wir unterstützen Frau Leutheusser-Schnarrenberger bei ihren Bemühungen, Datenhehlerei zu verbieten. Die Bundesregierung muss aber auch für ein ordentliches Steuerabkommen mit der Schweiz eintreten. Das jetzige Abkommen ist in der Tat eine Farce für steuerehrliche Bürger dieses Landes, da Steuerhinterziehung prämiert wird.

Von der Landesregierung NRW fordern wir: Lehnen Sie zum einen das jetzt ausgehandelte Steuerabkommen im Bundesrat ab. Statten sie zum anderen die Steuerfahndungen vor allem personell mit den Mitteln aus, die Sie benötigen, um ihre gute Arbeit noch besser zu machen. Dann brauchen Sie auch nicht weiter Geschäfte mit Kriminellen zu machen.

Herr Finanzminister, ich glaube Ihnen, dass Sie gute Absichten haben und zum Wohle des Landes handeln wollen. Aber was mich massiv stört, ist Ihre gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat und zur Demokratie. Gestern haben wir hier an dieser Stelle wieder viele schöne Worte über die Wichtigkeit der Demokratie und den Parlamentarismus gehört. Auch und gerade von Seiten der Regierungsfractionen. Es gibt aber keine größere Missachtung der Demokratie als sich über deren Regeln hinwegzusetzen. Was Sie sich nicht eingestehen können, ist die Tatsache, dass Ihnen eine gesetzliche Grundlage für Ihre Robin-Hood-Nummer fehlt. Das moniert sogar der Teil des juristischen Schrifttums, der Ihnen eigentlich wohl gesonnen ist. Die Politik ist also aufgerufen, eine Entscheidung zu treffen, wie sie den Konflikt zwischen möglichst umfassender Steuererhebung und Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze auflösen will.



Dies ist eine so wichtige Entscheidung, dass sie in einer Demokratie – und in einer solchen leben wir zum Glück – nur vom zuständigen Parlament und nicht von einem einzelnen Minister getroffen werden kann.

Wir Piraten bleiben dabei: Auch ein Minister steht nicht über dem Gesetz!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.